

Dominik Bath und Tobias Kisling

Berlin. Die Bundesregierung ringt um Reformen – und nimmt dabei auch die Beamtinnen und Beamten ins Visier. Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) will sie in die gesetzliche Rentenversicherung holen, CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann grundsätzlich weniger verbeamten. Rund die Hälfte der 1,79 Millionen Beamtinnen und Beamten bundesweit werden im Beamtenbund und Tarifunion-Dachverband dbb vertreten. Deswegen neuer Bundesvorsitzender Volker Geyer sagt im Gespräch, wie er auf die Reformvorhaben blickt.

Herr Geyer, nur noch drei Viertel der Deutschen sehen den Staat in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Das ist ein Tiefpunkt. Woher kommt der Vertrauensverlust in die Institutionen?

Volker Geyer: Aus Sicht der Menschen funktioniert der Staat nicht mehr so, wie sie es erwarten. Das Bürgeramt ist nur ein Beispiel: Die Terminvergabe dauert viel zu lang, überall fehlt Personal. Wir bräuchten schon heute im Öffentlichen Dienst 600.000 Beschäftigte mehr. Und in den nächsten zehn Jahren werden 1,4 Millionen Menschen den Öffentlichen Dienst verlassen. In Zeiten des Fachkräftemangels stellt uns das vor Probleme. Wir müssen darauf setzen, das mit Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz abzufedern.

Rund ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind Beamte. Was sagt das Ergebnis der Umfrage über das Ansehen der Staatsangestellten in der Gesellschaft aus?

Beamtinnen und Beamte werden in Teilen der Gesellschaft nicht so wahrgenommen, wie sie es verdient hätten. Sie arbeiten jeden Tag sehr hart, leisten Überstunden und geben ihr Bestes, damit dieser Staat überhaupt funktioniert. Spezifische Berufsgruppen genießen dafür auch eine sehr hohe Wertschätzung, Polizisten etwa, Lehrerinnen oder Feuerwehrmänner.

Das System erlaubt Beamten, sich nicht sonderlich zu stressen, heißt es manchmal. Haben Beamte zu wenig Arbeitseifer?

Das weise ich entschieden zurück. Der Überstundenberg der Beamtinnen und Beamten zeigt, wie viel sie leisten. Sie machen die Arbeit der fehlenden Kolleginnen und Kollegen mit.

Die Bundespolizisten haben mehr als zwei Millionen Überstunden angehäuft. Wie blicken Sie angesichts dieser Zahl auf die intensivierten Grenzkontrollen?

Das ist eine politische Vorgabe. Die wird von der Bundespolizei umge-



Volker Geyer ist Bundesvorsitzender des Dachverbandes Beamtenbund und Tarifunion (dbb).

RETO KLAR/FUNKE FOTO SERVICES

„Beamte arbeiten sehr hart“

Beamtenbund-Chef Geyer über die Sozialreformen, den Lehrermangel und die Arbeitsbelastung

setzt. Entscheidend ist, dass ausreichend Personal bereitgestellt wird.

Wie schwer fällt es Ihnen, junge Menschen für den Öffentlichen Dienst zu begeistern?

Bevor sich junge Menschen für einen Arbeitsplatz entscheiden, schauen sie auf drei Dinge: Erstens: die Bezahlung. Da hinken wir im Öffentlichen Dienst hinterher. Zweitens: die Arbeitszeitbedingungen. Bundesbeamte arbeiten zum Beispiel 41 Stunden pro Woche, nicht verbeamtete Kollegen 39 Stunden. Zudem fehlt es an

Zur Person

Volker Geyer trat im Juni die Nachfolge des verstorbenen Ulrich Silberbach als Bundesvorsitzender des Beamtenbundes und Tarifunion (dbb) an. Der gebürtige Oberfranke arbeitete sich vom Postboten bis zum Spitzengewerkschafter hoch. Bereits mit 27 Jahren wurde der damalige Postbeamte Personalratsvorsitzender eines Postamts. Zehn Jahre lang war er Vorsitzender der Kommunikationsgewerkschaft DPV, von 2004 bis 2025 gehörte er dem dbb-Bundesvorstand an. *tiki*

Arbeitszeitflexibilität. Drittens: Karrierechancen. In der Wirtschaft kann man viel schneller aufsteigen.

In welchen Bereichen müsste der Staat höhere Gehälter zahlen, um mithalten zu können?

Das gilt generell. Ein Beispiel wäre der Strafvollzug. Die Tätigkeit ist körperlich und psychisch herausfordernd, es gibt sieben Tage die Woche Schichtdienst. Gemessen daran sind die Einkommen völlig unzureichend.

Verdienen Lehrkräfte zu wenig?

Ich will keine Gruppe herausgreifen: Der Öffentliche Dienst ist insgesamt nicht konkurrenzfähig.

CDU-Generalsekretär Linnemann hat vorgeschlagen, nur noch Polizisten, Richter, Staatsanwälte sowie Angestellte in den Finanzämtern und beim Zoll zu verbeamten. Ist das der richtige Weg?

Nein, das ist der komplett falsche Weg und das habe ich Herrn Linnemann auch persönlich gesagt. Mit Wertschätzung gegenüber Beamtinnen und Beamten hat diese Idee nichts zu tun.

Lehrer stehen im Dienst der Länder. Glauben Sie, dass sich alle deutschen Bundesländer einigen könnten, keine Lehrer mehr zu verbeamten?

Und was soll das bringen? In einer

Zeit, in der der Öffentliche Dienst nicht mit der Privatwirtschaft mithalten kann und das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Staates auf dem Tiefpunkt angekommen ist, diskutieren wir darüber, wie wir den Öffentlichen Dienst noch attraktiver machen können – ernsthaft?

Müssen Lehrerinnen und Lehrer denn zwingend verbeamtet sein?

Natürlich. Es ist eine zutiefst hoheitliche Tätigkeit. Wir haben eine Schulpflicht, Lehrerinnen und Lehrer entscheiden über Versetzung und Schulabschlüsse von jungen Menschen, sie vergeben Noten. Und sie unterliegen dem Streikverbot. Wollen wir ernsthaft, dass Schulen bestreikt werden? Wir als dbb wollen das nicht!

Sollten Beamte streiken dürfen?

Nein. Das Berufsbeamtentum bedingt das Streikverbot, damit der Staat und auch die Wirtschaft stets funktionsfähig sind. An einem Beispiel sieht man gut die Folgen, wenn man nicht mehr verbeamtet: Die Lokführer waren früher verbeamtet. Jetzt ist die Aufregung jedes Mal groß, wenn sie streiken.

Dafür setzen die Lokführer bemerkenswerte Lohnsteigerungen durch und sorgen so für eine gewisse Attraktivität des Berufs – das wün-

schten Sie sich doch für das Beamtentum...

Bei aller Kritik müssen wir schon anerkennen, dass das Beamtentum ein Alleinstellungsmerkmal am Arbeitsmarkt und sicher nicht unattraktiv ist. Wie würde es aber aussehen, wenn wir das Berufsbeamtentum nicht mehr hätten? Dann würde es in vielen Berufszweigen dramatische Einbrüche geben.

Bei der Post schrumpft die Zahl der Beamtenstellen, trotzdem hat der Konzern genügend Bewerber...

Das kommt darauf an. Schauen Sie sich mal die Paketzustellfahrzeuge an, auf denen überall aufgefordert wird, sich doch zu bewerben.

Ist das aktuelle Beamtensystem langfristig noch finanzierbar?

Ja, das System ist tragfähig. Aber der Staat muss dazu verpflichtet werden, verbindlich Rücklagen zu bilden, um die Pensionen sicher finanzieren zu können. Das fordern wir seit Jahrzehnten. Und das ist zum Teil ja auch geschehen. Daran haben sich über einen gewissen Besoldungsverzicht übrigens auch die Beamtinnen und Beamten beteiligt. Aber es mangelt an Verlässlichkeit. Schleswig-Holstein zum Beispiel löst diesen Fonds jetzt auf und stopft mit diesem Geld aktuelle Haushaltslöcher. Ein völlig falscher Weg!

Der Sachverständigenrat hat empfohlen, neuen Beamten künftig eine gesetzliche Rente zu geben, plus eine Betriebsrente. Alle Rentenreformen werden dann eins zu eins auf sie übertragen. Halten Sie das für eine gute Idee?

Das lehne ich ab. Das wird noch teurer und löst kein einziges Problem der Rentenversicherung

Man hätte zunächst mal mehr Einzahler.

Fast alle Wissenschaftler sagen: Das bringt nichts. Sie haben dann ja auch mehr Leistungsempfänger. Die gesetzliche Rentenversicherung und die Beamtenversorgung sind zwei komplett unterschiedliche Dinge. Kippt man die beiden Systeme zusammen, hat man auch keine bessere Lösung. Fraglos muss die Rentenversicherung zukunftsfest gemacht werden. Aber die Beamtenversorgung ist ein in sich geschlossenes davon unabhängiges System.

Trauen Sie es der Bundesregierung denn zu, mit Blick auf die Reformen der Sozialkassen die richtigen Antworten geben zu können?

Viele Bürger zweifeln die Handlungsfähigkeit des Staates an und die Bundesregierung muss jetzt den Gegenbeweis antreten. Ich glaube, dass sie dazu in der Lage ist – wenn sie die Themen bearbeitet, die sie sich vorgenommen hat und dabei geschlossen und gut zusammenarbeitet.

Was tut das Beamtentum, um einzusparen?

Wir müssen jetzt erstmal abwarten, was die Kommissionen konkret vorschlagen.

Wären Beamte denn auch dazu bereit, Pensionskürzungen in Kauf zu nehmen?

Sowohl Renten- als auch Pensionskürzungen wären falsch. Denn die Ansprüche sind hart erarbeitet.

Das Pestel-Institut hat vorgeschlagen, das Beamte 5,5 Jahre länger arbeiten sollten, weil sie durchschnittlich auch länger leben. Sie haben das umgehend zurückgewiesen. Warum?

Wenn Wissenschaft so arbeitet, macht sie sich wirklich unglaubwürdig. Frauen haben auch eine höhere Lebenserwartung als Männer, Raucher eine kürzere als Nichtraucher. Wollen wir auf diesem Niveau diskutieren? Aus meiner Sicht geht die Debatte über eine längere Lebensarbeitszeit komplett an der Wirklichkeit vorbei. Und das betrifft ja nicht nur Beamte. Die Belastung steigt in allen Berufen. Wir sollten aufhören, die unterschiedlichen Berufsgruppen gegeneinander auszuspielen.